

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 24 | 14.06.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 144/2024 \(Anlage I2b; Anlage 1B; Anlage\)](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung, die Granulare Kreditdatenerhebungs-Verordnung 2018 und die Sicherungseinrichtungen-Meldeverordnung geändert werden

[BGBl II 145/2024](#)

Gesonderte Festsetzung der **Pauschalvergütung** des Bundes für die von **Rechtsanwältinnen** und **Rechtsanwälten** in überdurchschnittlich lang dauernden Verfahren nach § 16 Abs 4 RAO erbrachten Leistungen für das Jahr 2019

[BGBl II 146/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Quotenregelungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 147/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der ein **Heimarbeitsstarif** für das Kuvertieren, Adressieren, Adjustieren oder Verpacken von **Waren** durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter erlassen wird

[BGBl II 148/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der ein **Heimarbeitsstarif** für die Herstellung oder Bearbeitung von Bürsten und Pinseln aller Art (**Gewerbe** und **Industrie**) durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter erlassen wird

[BGBl II 149/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der ein **Heimarbeitsstarif** für die Herstellung oder Bearbeitung von Drechsler- und sonstigen **Holzwaren** durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter erlassen wird

[BGBl II 150/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der ein **Heimarbeitsstarif** für die Herstellung oder Bearbeitung von Korb- und **Bastwaren** durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter erlassen wird

[BGBl II 151/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der ein **Heimarbeitsstarif** für die Herstellung oder Bearbeitung von **Spielwaren** aller Art durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter erlassen wird

[BGBl II 152/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der ein **Heimarbeitsstarif** für die Herstellung oder Bearbeitung von Waren aus **Kunststoffen** durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter erlassen wird

[BGBl II 153/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der ein **Heimarbeitsstarif** für die Herstellung oder Bearbeitung von Waren aus **Kunststoffen** durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter erlassen wird

[BGBl II 154/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der ein **Heimarbeitsstarif** für die qualifizierte bzw nicht qualifizierte Herstellung oder Bearbeitung von **kunstgewerblichen Artikeln** aller Art durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter erlassen wird

[BGBl II 155/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der ein **Heimarbeitsstarif** für **Knopfwaren** und deren Adjustierung, ausgenommen Zwirnknöpfe, durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter erlassen wird

[BGBl II 156/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten über die Festsetzung von Hundertsätzen für die **Bemessung** von **Kaufkraftausgleichszulagen** für im Ausland verwendete **Beamte** und Vertragsbedienstete des Bundes

II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzescharakter im Berichtszeitraum.

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

13.05.2024, [Ra 2021/04/0104](#)

GewO; der vom VwG bestätigte Spruch des Straferkenntnisses enthält nicht den **Tatvorwurf**, dass der Rw die ihm obliegenden Pflichten gegenüber **mitwirkenden Organen des öffentlichen Sicherheitsdiensts** verletzt hätte; vielmehr geht aus diesem Spruch hervor, dass der Rw seinen Mitwirkungspflichten gegenüber einem „Kontrollorgan der Magistratsabteilung 59“, das nicht zum öffentlichen Sicherheitsdienst zählt, nicht nachgekommen sei; insb vor dem Hintergrund, dass der erste Absatz des § 338 Abs 1 GewO auch einen eigenen Tatbestand einer Verwaltungsübertretung bildet, kann aus der dem Rw vorgeworfenen Tat handlung nicht auf das Vorliegen der ihm konkret angelasteten Verwaltungsübertretung geschlossen werden

15.05.2024, [Ra 2023/03/0148](#)

Audiovisuelle MediendiensteG; der VwGH stellte klar, dass auch bei jeder **einzelnen Sendung** nach dem Audiovisuelle MediendiensteG das **Objektivitätsgebot** zu beachten ist und daher auch seine zum Objektivitätsgebot des ORF-G ergangene Rsp zum Tragen kommt; nach dieser Rsp bemisst sich die Sachlichkeit (Objektivität) einer Sendung grundsätzlich nach ihrem Thema; die Sachlichkeit wird anhand einer Gesamtbetrachtung und des Kontexts der Sendung beurteilt; einzelne Formulierungen können daher aus dem Gesamtzusammenhang gerechtfertigt sein

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 29.04.2024, [W213 2003917-1](#)

GehaltsG; das Besoldungsalter der Bf ist gem § 169 f Abs 3 GehaltsG neu festzustellen; die gem § 169 f Abs 1 Z 1 leg cit vorzunehmende Neufestsetzung des **Besoldungsdienstalters** gewährleistet, dass alle zum Zeitpunkt der Kundmachung des BGBl I 58/2019 im Dienststand befindlichen Beaten im Rahmen eines **diskriminierungsfreien Systems** neu eingestuft werden; der EuGH hat die Anrechnung sonstiger Zeiten nach den Bestimmungen der Dienstrechtsnovelle 2019 als unionsrechtswidrig festgestellt, da diese nur insoweit berücksichtigt wurden, als sie vier Jahre übersteigen; durch die jetzige Bestimmung des § 169g Abs 3 Z 4 leg cit wurde dieser Judikatur Rechnung getragen; es liegt keine Diskriminierung aufgrund des Lebensalters vor

BVwG 03.05.2024, [L503 2282739-1](#)

Betriebliches Mitarbeiter- und SelbständigenvorsorgeG; Bauarbeiter-Urlaubs- und AbfertigungsG; vor dem Hintergrund der **Auszahlung der Abfertigung** nach dem Bauarbeiter-Urlaubs- und AbfertigungsG im Gefolge einer Übernahme in ein **Angestelltdienstverhältnis** ist der „vertraglich vereinbarte Beginn“ des Dienstverhältnisses des Bf iSd Abfertigungsbestimmung des § 46 Abs 1 Betriebliches Mitarbeiter- und SelbständigenvorsorgeG konkret nicht mit 15.4.1996, sondern mit 1.10.2007 (dem Zeitpunkt der Übernahme in das Angestelltdienstverhältnis) anzusetzen; daher besteht im verfahrensgegenständlichen Zeitraum eine Beitragspflicht

LVwG Oö 10.04.2024, [LVwG-606568](#)

KrafffahrG; § 102 Abs 8 KrafffahrG richtet sich nicht an den „Verfügungsberechtigten“ eines Krafffahrzeugs, sondern an dessen **Lenker**; es ist nicht die „Weitergabe“ des Krafffahrzeugs an eine dritte Person verboten, sondern das **Verbot** betrifft das „**Überlassen zum Lenken**“

LVwG Tir 24.05.2024, [LVwG-2024/45/0659-7](#)

Tir TeilhabeG; die Bf bewohnen ein **Miethaus**, dessen Kosten sich auf gesamt € 1.930,- monatlich belaufen; diese Kosten für das Wohnen sind relativ hoch, zum Vergleich beträgt der **Höchstsatz** für Wohnen im Rahmen der **Mindestsicherung** im Bezirk Y für vier Personen € 1.024,-; die Tatsache, dass das gewählte Mietobjekt diese Kosten signifikant übersteigt, kann bei der Beurteilung des Härtefalles keine Berücksichtigung finden; dies gilt ebenso für die von den Bf angeführten allgemein erhöhten Lebenserhaltungskosten; der Mindestsicherungsantrag der Bf wurde wegen deutlicher Richtsatzüberschreitung abgewiesen; in der Gesamtschau ergeben sich somit ikF für das LVwG keine hinreichenden Nachweise für das Vorliegen eines Härtefalles; eine Anwendung des § 23 Abs 7 Tir TeilhabeG bei der Festsetzung der Kostenbeiträge scheidet aus

LVwG Tir 29.05.2024, [LVwG-2023/15/2647-3](#)

GewO; in Anbetracht der Strafzumessungsgründe kann die nunmehr verhängte Geldstrafe iHv € 450,- (bei einer Ersatzfreiheitsstrafe von 64 Stunden) keinesfalls als überhöht angesehen werden; bei einem **Strafrahmen** von € 2.180,- beträgt die verhängte Strafe in etwa **1/4 des Höchststrafrahmens** und kann unter Berücksichtigung der zur Strafbemessung herangezogenen durchschnittlichen wirtschaftlichen Verhältnisse des Bf als tat- und schuldangemessen angesehen werden; die Bestrafung ist aus generalpräventiven Gründen notwendig, um auch andere Gewerbetreibende von gleichen Verstößen abzuhalten

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[13.06.2024, Rs C-411/23, D. \(Vice de fabrication du moteur\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 3 – Ausgleichszahlungen für Fluggäste bei großer Verspätung oder Annullierung von Flügen – Befreiung von der Ausgleichspflicht – **Außergewöhnliche Umstände** – Zumutbare Vorbeugungsmaßnahmen – **Technische Störungen**, die durch einen versteckten Konstruktionsfehler verursacht wurden – Konstruktionsfehler des Triebwerks eines Flugzeugs – Pflicht des Luftfahrtunternehmens, Ersatzflugzeuge vorzuhalten

[13.06.2024, Rs C-385/23, Finnair \(Vice de conception du réservoir\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 3 – Ausgleichszahlungen an die Fluggäste bei großer Verspätung oder Annullierung eines Fluges – Befreiung von der Ausgleichspflicht – **Außergewöhnliche Umstände** – **Technische Störungen**, die durch einen vom Hersteller nach der Flugannullierung aufgedeckten versteckten Konstruktionsfehler verursacht wurden – System zur Messung der Treibstoffmenge des Flugzeugs

[13.06.2024, Rs C-266/23, Dyrektor Izby Administracji Skarbowej w Bydgoszczy \(Coût réel de l'énergie\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/96/EG – Art 2 Abs 4 Buchst b dritter Gedankenstrich – Art 17 Abs 1 Buchst a – **Verbrauchssteuer** – Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom – Bei Elektrolysen verwendeter elektrischer Strom – Steuerermäßigungen für den Verbrauch von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom für energieintensive Betriebe – **Energie- und Strombeschaffungskosten** – Tatsächliche Kosten für die Beschaffung der Energie – Verteilungsgebühren – Kriterien für die Befreiung – **Gleichheitsgrundsatz und Diskriminierungsverbot**

[13.06.2024, Rs C-229/23, HYA ua II](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Telekommunikationssektor** – Verarbeitung personenbezogener Daten und Schutz der Privatsphäre – Richtlinie 2002/58/EG – Art 15 Abs 1 – **Einschränkung der Vertraulichkeit** der elektronischen Kommunikation – Gerichtliche Entscheidung, mit der das Mithören, Abhören und Speichern von Telefongesprächen von Personen, die einer schweren vorsätzlichen Straftat verdächtigt werden, genehmigt werden – Nationale Regelung, nach der eine solche Entscheidung selbst eine ausdrückliche schriftliche Begründung enthalten muss, unabhängig davon, ob ein begründeter Antrag der Strafverfolgungsbehörden vorliegt – Art 47 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Begründungspflicht**

[13.06.2024, Rs C-104/23, A GmbH & Co KG](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Gemeinsamer Zolltarif – **Tarifierung der Waren** – Kombinierte Nomenklatur – Tarifposition 9406 00 – **Vorgefertigte Gebäude** – Bedeutung des Begriffs ‚Gebäude‘ – Kälberhütten – Antrag auf Einreihung in die Unterposition 9406 00 80 – Einreihung in die Unterposition 3926 90 97

[13.06.2024, Rs C-62/23, Pedro Francisco](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – **Richtlinie 2004/38/EG** – Art 27 – **Beschränkung des Einreise- und Aufenthaltsrechts** aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit – Verhalten, das eine tatsächliche, gegenwärtige und erhebliche Gefahr darstellt, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt – Verweigerung der Ausstellung einer befristeten Aufenthaltskarte für Familienangehörige eines Unionsbürgers aufgrund einer Kriminalakte – **Negativer Polizeibericht** aufgrund einer Festnahme

[13.06.2024, Rs C-40/23 P, Kommission/ Niederlande \(Appréciation de compatibilité d'une mesure non qualifiée d'aide d'État\)](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Gesetz über das Verbot der Verwendung von Kohle für die Stromerzeugung – Vorzeitige Stilllegung eines Kohlekraftwerks – **Gewährung einer Entschädigung** – Beschluss, mit dem die Maßnahme für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird, ohne darüber zu entscheiden, ob eine staatliche Beihilfe vorliegt – Ausübung der Zuständigkeit der Europäischen Kommission

[13.06.2024, Rs C-737/22, BibMedia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – Art 18 – Grundsätze der **Gleichbehandlung** und der **Transparenz** – Art 46 – Unterteilung eines Auftrags in Lose – Dem Bieter mit dem wirtschaftlich zweitgünstigen Angebot eingeräumte Möglichkeit, den Zuschlag für ein Los zu den Bedingungen des wirtschaftlich günstigsten Angebots zu erhalten

[13.06.2024, Rs C-731/22, Agrarmarkt Austria](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – Förderregelungen – Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe – Verordnung (EU) Nr 1307/2013 – Art 4 Abs 1 Buchst b und c – Begriff ‚Betrieb‘ – Verwaltung durch einen Betriebsinhaber – Begriff ‚landwirtschaftliche Tätigkeit‘ – Art 33 Abs 1 – Begriff der landwirtschaftlichen Fläche, die dem Betriebsinhaber zu einem vom Mitgliedstaat festgesetzten Zeitpunkt zur Verfügung stehen muss, damit es zur Aktivierung von Zahlungsansprüchen kommt – **Entgeltliche saisonale Übergabe** von Parzellen eines im Eigentum des Betriebsinhabers stehenden Grundstücks an Nutzer zur Pflege und Ernte

[13.06.2024, Rs C-696/22, C \(\) und liquidateurs judiciaires](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 64 Abs 1 und 2 – Anwendbarkeit – Leistungen von Insolvenzverwaltern und Liquidatoren – **Kontinuierliche Leistungen** – Art 168 Buchst a – Vorsteuerabzug – Ausgaben im Zusammenhang mit dem Recht zur Benutzung eines Handelsnamens – Verteidigungsrechte – Anspruch auf rechtliches Gehör

[13.06.2024, Rs C-563/22, Zamestnik-predsedatel na Darzhavna agentsia za bezhantsite \(Statut de réfugié - Apatride d'origine palestinienne\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich **Asyl und subsidiärer Schutz** – Richtlinie 2011/95/EU – Art 12 – Ausschluss von der Anerkennung als Flüchtling – Beim Hilfswerk der Vereinten Nationen (für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten) (UNRWA) registrierte Person – Voraussetzungen dafür, dass diese Person ipso facto den Schutz der Richtlinie 2011/95/EU genießt – **Wegfall des Schutzes** oder des **Bestands** des UNRWA – Art 4 – Allgemeine Lage, die in einem Operationsgebiet des UNRWA-Einsatzgebiets herrscht – **Individuelle Prüfung** aller maßgeblichen Elemente – Richtlinie 2013/32/EU – Art 40 – Folgeantrag auf internationalen Schutz – Neue Elemente – Elemente, die bereits in der endgültigen Entscheidung über den früheren Antrag geprüft wurden

[13.06.2024, Rs C-533/22, Adient](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 44 – Durchführungsverordnung (EU) Nr 282/2011 – Art 11 Abs 1 – Ort der Dienstleistung – **Begriff der festen Niederlassung** – Eignung, von der personellen und technischen Ausstattung her Dienstleistungen für den eigenen Bedarf zu empfangen und zu verwenden – **Dienstleistungen** der Herstellung von Sitzverkleidungen für Kraftfahrzeuge, die von einer Gesellschaft für Rechnung einer anderen Gesellschaft erbracht werden, die zum selben Konzern gehört und in einem anderen Mitgliedstaat ansässig ist

[13.06.2024, verb Rs C-331/22 und C-332/22, DG de la Función Pública, Generalitat de Catalunya](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 1999/70/EG – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung** über befristete Arbeitsverträge – **Befristete Arbeitsverträge** im **öffentlichen Sektor** – Interimsbeamte – Paragraph 5 – Maßnahmen zur Vermeidung und Ahndung von Missbrauch durch aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge oder -verhältnisse

13.06.2024, Rs C-221/22 P, Kommission/ Deutsche Telekom

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – Art 266 und 340 AEUV – Urteil, mit dem eine von der Europäischen Kommission verhängte Geldbuße herabgesetzt wird – Erstattung des rechtsgrundlos vereinnahmten Betrags durch die Kommission – Pflicht zur **Zahlung von Zinsen** – Einstufung – Pauschale Entschädigung für die Vorenthaltung der Nutzung des rechtsgrundlos gezahlten Betrags der Geldbuße – **Anwendbarer Zinssatz**

13.06.2024, Rs C-123/22, Kommission/ Ungarn (Accueil des demandeurs de protection internationale II)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinien 2008/115/EG, 2013/32/EU und 2013/33/EU – Verfahren für die **Zuerkennung internationalen Schutzes** – Effektiver Zugang – Verfahren an der Grenze – Verfahrensgarantien – Rückführung **illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Klagen gegen behördliche Entscheidungen, mit denen ein Antrag auf internationalen Schutz abgelehnt wird – Recht auf Verbleib im Hoheitsgebiet – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Nichtdurchführung – Art 260 Abs 2 AEUV – Finanzielle Sanktionen – Verhältnismäßigkeit und abschreckende Wirkung – Pauschalbetrag – **Zwangsgeld**

13.06.2024, Rs C-646/21, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Femmes s'identifiant à la valeur de l'égalité entre les sexes)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Gemeinsame Asylpolitik – Richtlinie 2011/95/EU – Voraussetzungen für die **Anerkennung als Flüchtling** – Art 2 Buchst d und e – **Verfolgungsgründe** – Art 10 Abs 1 Buchst d und Abs 2 – ‚Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe‘ – Art 4 – Individuelle Prüfung der Tatsachen und Umstände – Richtlinie 2013/32/EU – Art 10 Abs 3 – Anforderungen an die Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz – Art 24 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Wohl des Kindes** – Bestimmung – Minderjährige Drittstaatsangehörige, die sich infolge ihres Aufenthalts in einem Mitgliedstaat mit dem Grundwert der Gleichheit von Frauen und Männern identifizieren

B. SCHLUSSANTRÄGE

13.06.2024, Rs C-379/23, Guldbrev (GA Pikamäe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Unlautere Geschäftspraktiken – Richtlinie 2005/29/EG – Art 2 Buchst c, d und i sowie Art 3 Abs 1 – **Kopplungsangebot**, das in der Wertermittlung und dem Ankauf von Gold besteht – Begriffe ‚Produkt‘ und ‚unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern‘

13.06.2024, Rs C-368/23, Fautromb (GA Sánchez-Bordona)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Begriff des einzelstaatlichen Gerichts – Kriterien – **Dienstleistungsfreiheit** – Richtlinie 2006/43/EG – Art 22 und 52 – Verordnung (EU) Nr 537/2014 – Art 5 Abs 1 und 2 – Richtlinie 2006/123/EG – Art 25 – **Multidisziplinäre Tätigkeiten** – Nationale Regelung, die es Abschlussprüfern untersagt, andere gewerbliche Tätigkeiten auszuüben als Nebentätigkeiten zum Beruf des Wirtschaftsprüfers – Verbindung der Richtlinie 2006/43 und der Verordnung Nr 537/2014 mit der Richtlinie 2006/123 – Art 3 der Richtlinie 2006/123 – Verstoß gegen andere Vorschriften des Unionsrechts – Art 49 und 56 AEUV – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses – Verhältnismäßigkeit

13.06.2024, Rs C-242/23, Tecno*37 (GA Sánchez-Bordona)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Dienstleistungsfreiheit** – Richtlinie 2005/36/EG – Art 59 Abs 3 – Richtlinie 2006/123/EG – Art 25 – **Multidisziplinäre Tätigkeiten** – Nationale Rechtsvorschriften, die Immobilienmaklern generell die Ausübung der unternehmerischen Tätigkeit des Hausverwalters untersagt – Verhältnis zwischen der Richtlinie 2005/36 und der Richtlinie 2006/123 – Art 3 der Richtlinie 2006/123 – Konflikt mit anderen unionsrechtlichen Vorschriften – **Nichtvorliegen** – Anwendbarkeit der Richtlinie 2006/123 – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses – Verhältnismäßigkeit

13.06.2024, verb Rs C-146/23 und C-374/23, Sąd Rejonowy w Białymstoku (GA Collins)

Vorabentscheidungsersuchen – **Rechtsstaatlichkeit** – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die erforderlichen Rechtsbehelfe zu schaffen, damit ein **wirksamer Rechtsschutz** in den vom Unionsrecht erfassten Bereichen gewährleistet ist – Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit – Bezüge von Richtern

13.06.2024, Rs C-134/23, *Elliniko Symvoulío gia tous Prosfyges (GA Pikamäe)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 38 – Konzept des ‚sicheren Drittstaats‘ – Einstufung der Türkei als ‚sicherer Drittstaat‘ – Abkommen EU-Türkei über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt – **De-facto-Aussetzung** der Rückübernahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen

13.06.2024, Rs C-118/23, *Getin Holding ua (GA de la Tour)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten – In **Abwicklung befindliche Bank** – Kumulierung der Funktionen der Abwicklungsbehörde – Sicherstellung der **operativen Unabhängigkeit**

C. GERICHT

12.06.2024, Rs T-343/23, *Katjes Fassin/ EUIPO (Beyond Chocolate)*

Unionsmarke – Anmeldung der **Unionswortmarke Beyond Chocolate** – Absolutes Eintragungshindernis – **Fehlende Unterscheidungskraft** – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001 – Ermittlung des Sachverhalts von Amts wegen – Art 95 Abs 1 der Verordnung 2017/1001

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

06.06.2024, Beschwerde Nr 46579/14 u.a., *Abbasali Ahmadov u.a./Aserbaidshan*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Unmöglichkeit für die Bf, das auf Sparkonten bei einer Privatbank eingezahlte **Geld zurückzuerhalten**; Versäumnis der inländischen Gerichte, eine angemessene **Begründung** abzugeben und auf das einschlägige Vorbringen der Bf einzugehen; das inländische Verfahren entsprach nicht den Billigkeitsanforderungen

06.06.2024, Beschwerde Nr 13459/15, *L.T./Ukraine*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Strafverfahren gegen die Bf, das zu ihrer Einweisung in eine **psychiatrische Einrichtung** führte; Anwendbarkeit von Art 6 im Rahmen seines strafrechtlichen Teils; ungerechtfertigter Abschluss der Bf von der Verhandlung vor dem erstinstanzlichen Gericht, bevor ihre angebliche psychische Störung von diesem Gericht bestätigt wurde; dies hatte die Unmöglichkeit der **Anfechtung** ihrer Anschuldigungen sowie ihre Einweisung zur Folge; Versäumnis des Gerichts, die Verhandlungsfähigkeit der Bf zu beurteilen; Vorenthaltung der Verfahrensrechte der Bf; der vom Staat bestellte Rechtsbeistand war in schwerwiegender und offenkundiger Weise mangelhaft und beeinträchtigte die Rechte und Interessen der Bf; entgegen dem Wunsch der Bf wurde kein Rechtsmittel eingelegt, da die Entscheidung allein im Ermessen des Pflichtverteidigers lag; Fehlen einer angemessenen Rechtfertigung; Untergrabung der Fairness des gesamten Verfahrens

11.06.2024, Beschwerde Nr 33164/11, *Zela/Albanien*

Keine Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Verletzung** von **Art 1 1.ZPEMRK** (Schutz des Eigentums); Gesamtdauer des Entschädigungsverfahrens von mehr als **acht Jahren** in vier Instanzen, die nicht über das hinausgeht, was unter den Umständen des Einzelfalls als angemessen angesehen werden kann; **Abriss des Gebäudes** des Bf mit der Begründung, dass es rechtswidrig errichtet worden sei, und entschädigungslose Aufhebung seines Eigentumsrechts daran; unverhältnismäßige Belastung des Bf, dem alle Folgen für die Schaffung der Situation, die zum Abriss des Gebäudes führte, aufgebürdet wurden, obwohl er dafür mitverantwortlich war; besondere Bedeutung des Grundsatzes der verantwortungsvollen Staatsführung in diesem Zusammenhang; kein Hinweis auf Bösgläubigkeit des Bf; kein gerechter Ausgleich zwischen dem öffentlichen Interesse und den Eigentumsrechten des Bf

11.06.2024, Beschwerde Nr 32483/19 u.a., *Nealon and Hallam/Vereinigtes Königreich GK*

Keine Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Verweigerung einer Entschädigung für einen **Justizirrtum** nach der **Aufhebung** der **strafrechtlichen Verurteilung** des Bf, weil er die nach dem Urteil Allen gg UK eingeführte neue gesetzliche Prüfung nicht bestand; Unterscheidung zwischen Freispruch und Einstellung in der einschlägigen Rsp des EGMR nicht aufrechtzuerhalten; kein Anspruch auf Entschädigung für einen Justizirrtum nach der Aufhebung einer strafrechtlichen

Verurteilung; Staat kann frei entscheiden, wie „Justizirrtum“ definiert werden sollte und eine legitime politische Linie hinsichtlich der Berechtigung zur Entschädigung nach der Aufhebung einer Verurteilung ziehen, solange die Verweigerung der Entschädigung einem erfolglosen Bf keine strafrechtliche Schuld unterstellt

11.06.2024, Beschwerde Nr [47909/19](#), T.V./Kroatien

Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); Versäumnis, das Leben des Lebensgefährten des Bf zu schützen, der an **psychischen Problemen** litt und während eines **Polizeieinsatzes starb**; Versäumnis der Polizei, medizinische Fachleute zu informieren oder um Hilfe zu bitten, wie es nach den nationalen Richtlinien für Polizeieinsätze bei geistig behinderten Personen vorgeschrieben ist; Einsatz von Pfefferspray, obwohl dessen Verwendung nach nationalem Recht in Fällen von „passivem Widerstand“ wie dem vorliegenden ausgeschlossen ist; Fehlen der erforderlichen besonderen Sorgfalt gegenüber einer Person in psychischer Notlage; unzureichende Überwachung des Zustands des Bf während des Transports im Krankenwagen; angewandte Gewalt nicht „absolut notwendig“; unzureichende strafrechtliche Ermittlungen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.